

Beschlussempfehlung  
an die Stadtverordnetenversammlung

29. April 2014  
1 von 2

### Inklusion in Kassel umsetzen

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne  
- 101.17.1205 -

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Hesse

#### ➤ **Geänderter gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne vom 29. April 2014**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, sich für die Stadt Kassel, stadtweit in Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonventionen zur Inklusion im Bereich Kinder und Jugendliche, als Modellregion Inklusive Bildung bei der hessischen Landesregierung zu bewerben. Der Magistrat möge die hierfür notwendigen Gespräche mit den Schulen und sonstigen Kooperationspartnern führen.

Das **erarbeitete Gesamtkonzept** zur Modellregion Inklusive Bildung wird der Stadtverordnetenversammlung **zur Beschlussfassung vorgelegt**. Ein Zwischenbericht über den Stand der Bewerbung bzw. den Verlauf der Gespräche soll im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung **vorgelegt werden**.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei  
Zustimmung: einstimmig  
Ablehnung: --  
Enthaltung: Kasseler Linke  
den

### Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne betr. Inklusion in Kassel umsetzen, 101.17.1205, wird **zugestimmt**.

#### ➤ **Änderungsantrag der CDU-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Antrag 101.17.1205 wird wie folgt geändert (Änderungen fett):

Der Magistrat wird gebeten, **sich ein Konzept** für die Stadt Kassel, stadtweit oder stadtteilbezogen, in Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonventionen zur Inklusion

im Bereich Kinder und Jugendliche **zu erstellen! Dieses Konzept wird dann der Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung vorgelegt und kann bei einer Zustimmung als Grundlage für eine Bewerbung** als Modellregion Inklusion bei der hessischen Landesregierung **genutzt werden. zu bewerben.** Der Magistrat möge die hierfür notwendigen Gespräche mit den Schulen und sonstigen Kooperationspartnern führen. Ein Zwischenbericht über den Stand der Bewerbung bzw. den Verlauf der Gespräche soll im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung erfolgen.

**Der Antrag wurde von Stadtverordneten Leitschuh, CDU-Fraktion, für die Antragstellende Fraktion zurückgezogen.**

➤ **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Antrag 101.17.1205 wird wie folgt geändert (Streichungen durchgestrichen; Änderungen fett):

Der Magistrat wird gebeten, sich für die Stadt Kassel, stadtweit ~~oder stadtteilbezogen~~, in Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonventionen zur Inklusion im Bereich Kinder und Jugendliche, als Modellregion Inklusion bei der hessischen Landesregierung zu bewerben. Der Magistrat möge die hierfür notwendigen Gespräche mit den Schulen und sonstigen Kooperationspartnern führen. Ein Zwischenbericht über den Stand der Bewerbung bzw. den Verlauf der Gespräche **sowie über die sachliche und personelle Ausstattung, mit der die Stadt im Rahmen ihrer Zuständigkeit das Projekt fördern will**, soll im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung erfolgen.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei  
Zustimmung: Kasseler Linke  
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP  
Enthaltung: Demokratie erneuern/Freie Wähler  
den

**Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke zum geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne betr. Inklusion in Kassel umsetzen, 101.17.1205, wird **abgelehnt**.

gez. Dr. Martina van den Hövel-Hanemann  
Vorsitzende

gez. Jutta Butterweck  
Schriftführerin